

Eine Fusion streben die **Frankfurter Volksbank**, nach Bilanzsumme das siebtgrößte Genossenschaftsinstitut in Deutschland, und die deutlich kleinere **Vereinigte Volksbank Griesheim-Weiterstadt** an. Zunächst wurde dazu ein Kooperationsvertrag unterzeichnet, der endgültige Zusammenschluss wird für das erste Halbjahr 2012 in Aussicht gestellt. Die Geschäftsbereiche beider Institute grenzen direkt aneinander.

Nach der **Euler Hermes Rating GmbH** aus Hamburg und der **Japan Credit Rating Agency Ltd.** ist Anfang Mai dieses Jahres die **Feri Euro-Rating Services AG** von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) als EU-Ratingagentur zugelassen worden. Die Registrierung gilt EU-weit für Kreditratings. Die EU-Verordnung unterstellt Ratingagenturen erstmals einer staatlichen Aufsicht und knüpft ihre Zulassung an Auflagen, um Qualität und Unabhängigkeit des Ratingurteils zu sichern. Dazu gehören Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten, das Verbot gleichzeitiger Beratungs- und Ratingdienstleistungen für denselben Mandanten sowie ein Rotationsprinzip für Ratinganalysten.

Nachdem die **Aareal Bank AG**, Wiesbaden, bereits Mitte 2010 Staatshilfen in Höhe von 250 Millionen Euro zurückgezahlt hatte, reduzierte die Bank ihre Schulden nun um weitere 75 Mill. Euro. Von der ursprünglichen Einlage in Höhe von 525 Millionen Euro, die der **Stabilisierungsfonds SoFFin** geleistet hatte, verbleibt damit eine Summe von 300 Millionen Euro.

Die **Commerzbank AG**, Frankfurt am Main, hat eine Summe von 6,7 Milliarden Euro an Staatshilfe an den **Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin)** zurückgegeben. Dazu wurden Mitte Mai dieses Jahres rund eine Milliarde bedingte Pflichtumtauschanleihen (Comen) in Commerzbank-Aktien getauscht. Deren Inhaber erhielten je Comen eine Commerzbank-Aktie mit Gewinnanteilberechtigung ab 1. Januar 2011. Die Umtauschaktien sind durch die Wandlung stiller Einlagen des SoFFin entstanden. Letzterer hat im Gegenzug den Bruttoerlös aus der Platzierung der Anleihen in Höhe von rund 4,3 Milliarden Euro erhalten. Zusätzlich hat der Sonderfonds aus dem bedingten Kapital stille Einlagen im Volumen von rund 1,422 Milliarden Euro in Commerzbank-Aktien gewandelt, um

9. Mai 2011 bis 25. Mai 2011

seinen Anteil von 25 Prozent plus einer Aktie am Grundkapital der Commerzbank aufrechtzuerhalten. Eine weitere Milliarde Euro bezahlte die Bank aus freiem regulatorischen Kapital.

Staatsbeihilfen im Gesamtwert von drei Milliarden Euro (zwei Milliarden Euro plus eine Prämie von 50 Prozent) hat die **ING-Gruppe** an den niederländischen Staat zurückgezahlt. Finanziert wurde dies nach eigenen Angaben aus den Gewinnrücklagen des Allfinanzkonzerns. Zum Ende des ersten Quartals 2011 habe die Core-Tier-1-Quote der ING-Bank bei 10,0 Prozent gelegen, mit der jüngsten Rückzahlung reduzierte sich diese Quote auf 9,1 Prozent. Weiterhin sei geplant, die verbleibenden Staatshilfen mit einem Nominalbetrag von drei Milliarden Euro bis Mai 2012 zurückzuzahlen.

Ihre Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung der **Bankenabgabe** haben die **Länderfinanzminister** und der **Bundesfinanzminister** Mitte Mai vertagt. Unter Führung des Bundes wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die einen Kompromiss erarbeiten soll. Die endgültige Abstimmung im Bundesratsplenum wurde für Mitte Juni dieses Jahres in Aussicht gestellt.

Nach dem gescheiterten Versuch der Übernahme der **BHF-Bank AG**, Frankfurt am Main, von der **Deutschen Bank AG**, Frankfurt am Main, will sich die in Liechtenstein ansässige Fürstenbank **LGT** ganz aus dem deutschen Vermögensverwaltungsgeschäft zurückziehen. Die Veräußerung des durch die Übernahme der Privatbank **Sal. Oppenheim** zum Frankfurter Geldhaus gekommenen Institut war von der **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)** gestoppt worden (siehe auch Kreditwesen 9/2011). Die liechtensteinische Gruppe verfügt in Deutschland über neun eigene Tochterbanken oder Niederlassungen in sieben Städten. Verkaufsverhandlungen für die hiesigen LGT-Einheiten fänden derzeit allerdings noch nicht statt, heißt es von dem Institut.

Die Eigentümer der **WestLB AG**, Düsseldorf, und die **Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA)** bereiten einen Verkauf von Teilbereichen des angeschlagenen Instituts vor. Ein Komplettverkauf des Bank sei „in den Hintergrund getreten“, heißt es von dem Düsseldorfer Institut. Zuvor hatte die **Europäische Kommission** ihre Präferenz für den Aufbau einer Verbundbank für die Sparkassen geäußert. Nun soll der genaue Zuschnitt einer solchen geprüft und der Umsetzungsweg konkretisiert werden.

Für eine Summe von rund 2,5 Milliarden US-Dollar veräußert die **Bank of America (BOA)** ihre Anteile am Fondsmanager **Blackrock**. Der Erlös aus der Transaktion soll unter anderem dafür verwendet werden, Kosten aus laufenden Gerichtsverfahren wegen mutmaßlicher Verfehlungen im Hypothekengeschäft zu decken. Die Anteile waren durch die Übernahme der Investmentbank **Merrill Lynch** im Jahr 2009 zur BOA gekommen. Erstere hatte ihre Investment-Management-Tochter im Jahr 2006 mit Blackrock zusammengeschlossen.

Die **Deutsche Leasing AG**, Bad Homburg, übernimmt Teile des Mobilien-Leasinggeschäfts mit den Schwerpunkten Schienenpersonennahverkehr und Gesundheitswesen von der Hannover Leasing GmbH & Co. KG, Pullach. Deren größter Gesellschafter ist die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba), Frankfurt am Main. Zum erworbenen Portfolio gehören die jeweils hundertprozentigen Tochtergesellschaften Hannover Mobilien Leasing GmbH, die HML GmbH & Co. KG sowie einige Objekt-Leasinggesellschaften.

Eine Fokussierung auf das Kerngeschäftsfeld Mittelstandsfinanzierung mit Leasing, Factoring, Zentralregulierung und Neuprodukten hat die genossenschaftliche **VR Leasing AG**, Eschborn, angekündigt. Parallel will sich das Unternehmen sukzessive aus Vertriebskanälen und Geschäftsfeldern außerhalb der Kernkompetenzen zurückziehen. Nicht mehr im Fokus stehen demnach das Leasinggeschäft über Auto- und Maschinenhändler, Kfz-Flottenangebote sowie Immobilienleasing. Für diese Geschäftsfelder soll nach werterhaltenden Lösungen bis hin zu einem Verkauf gesucht werden. Gleichsam werde in diesen Geschäftsfeldern weiterhin Neugeschäft betrieben. Auch die Auslandsaktivitäten werden derzeit überprüft (siehe auch Gespräch des Tages in diesem Heft).